

**Allgemeine Geschäftsbedingungen für
Inhouse-Schulungen des Instituts für E-Beratung (AGB Inhouse – IEB)
(Stand: 14. Februar 2025)**

§ 1

Geltungsbereich, Begriffsbestimmungen

- (1) Im Rahmen der Digitalisierung bildet Onlineberatung einen wichtigen Baustein für ein niedrigschwelliges und zukunftsorientiertes Beratungsangebot für Menschen in besonderen Lebenslagen. Das Institut für E-Beratung der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (nachfolgend „Institut für E-Beratung“) forscht – auch im engen Austausch mit Praxispartnern – zu Trends, Wirkung und Qualität von Onlineberatung, unterstützt soziale Träger bei der Implementierung von Onlineberatung und unterhält einen breiten Qualifizierungsbereich.
- (2) Die nachfolgenden allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen dem Institut für E-Beratung und Unternehmen, Einrichtungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, Behörden, Forschungseinrichtungen, Privatpersonen (nachfolgend alle „Auftraggebende“ genannt) für Inhouse-Schulungen des Instituts für E-Beratung. Inhouse-Schulungen sind Fortbildungskurse, -seminare und Workshops gemäß individuellem Auftrag.
- (3) Bedingungen von Auftraggebern und abweichende Vereinbarungen gelten nur, wenn das Institut für E-Beratung diese schriftlich anerkannt hat. Als Anerkennung gilt weder Schweigen seitens des Instituts für E-Beratung noch die vorbehaltlose Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten.

§ 2

Vertragsschluss

- (1) Das Institut für E-Beratung erstellt dem potenziellen Auftraggebenden auf Anfrage ein Angebot. Dieses Angebot ist freibleibend und basiert ausdrücklich auf diesen AGB. Ist der Auftraggebende mit dem Angebot einverstanden, gibt er seinerseits eine entsprechende Bestellung mindestens in Textform beim Institut für E-Beratung auf. Die Bestellung ist mit Eingang beim Institut für E-Beratung verbindlich. Erst, wenn die Bestellung durch die Ohm mindestens in Textform bestätigt wurde, kommt der Vertrag zwischen dem Institut für E-Beratung und dem Auftraggeber rechtswirksam zustande. Der Vertrag zwischen den Parteien endet automatisch mit Abschluss der Veranstaltung, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Der Auftraggebende ist verpflichtet, dem Institut für E-Beratung die notwendigen Angaben für einen erfolgreichen Rechnungsempfang bis spätestens zwei Werktage vor Beginn der Veranstaltung mitzuteilen. Der Auftraggebende verpflichtet sich, korrekte Angaben, insbesondere hinsichtlich seiner Kontaktdaten, zu machen und eine gültige E-Mailadresse anzugeben.

Nachrichten des Instituts für E-Beratung an diese E-Mailadresse sind vom Auftraggebenden innerhalb einer Arbeitswoche zu lesen und zu bearbeiten.

§ 3

Leistungen des Instituts für E-Beratung

- (1) Gegenstand des Vertrags sind ausschließlich die im Angebot des Instituts für E-Beratung vorgesehenen Leistungen. Soweit das Angebot oder der Vertrag eine Bearbeitungszeit oder Termine enthalten, gelten diese nur als verbindlich, wenn das Institut für E-Beratung deren Verbindlichkeit ausdrücklich zugesagt hat. Erkennt das Institut für E-Beratung, dass die verbindliche Bearbeitungszeit oder der verbindliche Termin nicht eingehalten werden können, wird es dem Auftraggebenden die Gründe für die Verzögerung mitteilen und mit diesem eine angemessene Anpassung vereinbaren.
- (2) Das Institut für E-Beratung behält sich Änderungen und Ergänzungen des Ablaufs und der Inhalte seiner Veranstaltung vor, solange keine grundlegende Änderung des Veranstaltungscharakters erfolgt. Änderungen an formalen und unwesentlichen Bestandteilen des Veranstaltungsangebots (z. B. Umstellung von Präsenz- auf virtuelles Veranstaltungsangebot, Referentenwechsel) berechtigen nicht zu Abzügen.
- (3) Die im Angebot angegebene Teilnehmendenzahl kann nicht überschritten werden. Sollten an der gebuchten Veranstaltung weniger Teilnehmende teilnehmen, fallen dennoch die im Angebot berechneten Kosten an, sofern für diesen Fall im Angebot keine andere Regelung getroffen wurde.

§ 4

Veranstaltungskosten und Zahlungskonditionen

- (1) Die Kosten einer Veranstaltung ergeben sich aus dem Angebot des Instituts für E-Beratung. Der jeweilige Betrag ist in jedem Fall vollständig und ohne Abzüge zu leisten.
- (2) Die Rechnung wird an die bei der Anmeldung angegebene Adresse versendet. Auf § 2 Abs. 2 wird ausdrücklich verwiesen. Die Zahlung hat gemäß der auf der Rechnung angegebenen Fälligkeit zu erfolgen und ist unabhängig vom individuellen Erfolg der Veranstaltung. Das volle Entgelt ist entsprechend des Fälligkeitsdatums auf das in der Rechnung angegebene Konto des Instituts für E-Beratung zu überweisen. Ratenzahlung wird ausgeschlossen.
- (3) Das Institut für E-Beratung kann bei Zahlungsverzug die weitere Durchführung der Veranstaltung bis zur Bezahlung zurückstellen.

§ 5

Stornierungsbedingungen für Auftraggebende

- (1) Eine kostenfreie Stornierung ist bis zu zwölf Wochen vor dem (ersten) Termin der Veranstaltung kostenfrei möglich. Bei einer Stornierung bis zu acht Wochen vor dem (ersten) Termin sind 50 % der vereinbarten Auftragssumme zu zahlen. Bei Nichteinhaltung der genannten Stornierungsfristen wird der jeweils volle Betrag fällig. Dies gilt im Übrigen auch für den Rücktritt im Laufe einer Veranstaltung.
- (2) Die Stornierung ist in Textform vorzunehmen und an folgende E-Mailadresse zu richten: info@e-beratungsinstitut.de.
- (3) Bis fünf Werktage vor Veranstaltungsbeginn können Auftraggebende andere Personen als Ersatzteilnehmende benennen. Auftraggebende müssen das Institut für E-Beratung mindestens fünf Werktage vor Veranstaltungsbeginn in Textform an die betreffende, in Abs. 2 genannte E-Mailadresse und unter Angabe der notwendigen Daten der oder des Ersatzteilnehmenden informieren. Eine Ersatzmeldung danach ist ausgeschlossen.

§ 6

Stornierungsbedingungen für das Institut für E-Beratung

Das Institut für E-Beratung behält sich vor, aus wichtigen Gründen, wie z. B. der Erkrankung der oder des Referierenden oder aufgrund höherer Gewalt, die Leistung zu verschieben oder abzusagen. Der Auftraggebende wird unverzüglich informiert. Das Institut für E-Beratung ist bemüht, eine Alternativlösung zu finden. Sollte keine Alternative möglich sein oder diese durch die Mehrheit der Teilnehmenden nicht wahrgenommen werden können, werden bereits entrichtete Veranstaltungskosten, bei mehrteiligen Angeboten ggf. anteilig, zurückerstattet. Weitergehende Haftungs- oder Schadensersatzansprüche sind für diesen Fall ausgeschlossen.

§ 7

Einsatz von Technologien

Das Institut für E-Beratung behält sich vor, technologische Dienste für die Erbringung der Leistungen zu nutzen (z. B. Lernplattform, Videokonferenztool). Die üblicherweise vom Institut für E-Beratung eingesetzten technologischen Dienste sind der Webseite des Instituts für E-Beratung zu entnehmen. Der Auftraggebende stimmt mit Bestellung der Nutzung dieser technologischen Dienste zu. Die Durchführung der Veranstaltungen des Instituts für E-Beratung beruht ggf. teils oder ganz auf diesen entsprechend notwendigen technischen Voraussetzungen beim Auftraggebende bzw. dessen Teilnehmenden. Für die Bereitstellung dieser technischen Voraussetzungen, z. B. technische Ausstattung (Hardware, Internetverbindung), ist der Auftraggebende selbst verantwortlich. Sofern kein Einverständnis mit den eingesetzten

technologischen Diensten besteht, ist eine Durchführung der Veranstaltung ggf. nicht möglich. In diesem Fall gelten die Stornierungsbedingungen nach § 5.

§ 8 **Haftung**

- (1) Das Institut für E-Beratung haftet über die Erbringung der geschuldeten Leistung hinaus nicht für den individuellen Erfolg der Veranstaltung für den Auftraggebenden.
- (2) Sofern das Institut für E-Beratung externe Expertinnen und Experten aus der Praxis mit der Durchführung einer Veranstaltung beauftragt, wird das Institut für E-Beratung dies dem Auftraggebenden mitteilen. Das Institut für E-Beratung übernimmt für die von den externen Expertinnen und Experten aus der Praxis durchgeführten Veranstaltungen keine Haftung. Die Durchführung und die konkrete Ausgestaltung der Veranstaltung obliegt der externen Expertin bzw. dem externen Experten aus der Praxis in eigener Verantwortung. Sie unterliegen nicht den Weisungen des Instituts für E-Beratung.
- (3) Ansprüche des Auftraggebende auf Schadensersatz gegenüber dem Institut für E-Beratung sind ausgeschlossen, soweit dieser nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig durch das Institut für E-Beratung, seine gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen verursacht wurde. Die Haftung des Instituts für E-Beratung, seiner gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen aus Pflichtverletzungen und Delikt ist auch im Übrigen auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.
- (4) Bei grober Fahrlässigkeit beschränkt sich die Haftung auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden. Die Haftung für sonstige indirekte und/oder mittelbare Folge- und/oder Vermögensschäden (z. B. entgangenen Gewinn, ausbleibenden Erfolg) ist – außer in den Fällen von Vorsatz – ausgeschlossen.
- (5) Nicht ausgeschlossen sind Schadensersatzansprüche auf Grund von Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit, einer vertragswesentlichen Pflicht oder des Produkthaftungsgesetzes. Vertragswesentliche Pflichten sind solche Verpflichtungen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht oder auf deren Einhaltung die andere Vertragspartei vertraut und vertrauen darf.
- (6) Das Institut für E-Beratung übernimmt ausdrücklich keine Haftung für Personen- und Sachschäden, die bei der vom Auftraggebende bzw. dessen Teilnehmenden organisierten An- und Rückreise entstehen. Die Haftung des Instituts für E-Beratung für Verlust oder Schäden jeglicher Art an zu den Veranstaltungen mitgebrachten Gegenständen ist ausgeschlossen, soweit diese nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig durch das Institut für E-Beratung, seine gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen verursacht wurden.

§ 9

Datenschutz und Forschung

- (1) Der Auftraggebende übermittelt dem Institut für E-Beratung die notwendigen Teilnehmendendaten und trägt seinerseits dafür Sorge, dass die entsprechende Einwilligung der Teilnehmenden in die Datenverarbeitung vorab eingeholt wird.
- (2) Die Datenverarbeitung der personenbezogenen Daten des Auftraggebenden erfolgt zum Zwecke und für die notwendige Dauer der Vertragsverwaltung (insb. Begründung, Durchführung, Abrechnung, Beendigung) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Das Institut für E-Beratung wird die vom Auftraggebenden überlassenen Daten vertraulich behandeln und nur im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen speichern und verarbeiten. In diesem Zusammenhang werden die Daten unter Umständen auch an beauftragte Dienstleister weitergegeben, soweit dies zur Vertragserfüllung erforderlich sein sollte. Die beauftragten Dienstleister sind ebenfalls zur Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet. Es gelten die Datenschutzerklärungen des Instituts für E-Beratung sowie ergänzend der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm.
- (3) Sofern eine Auftragsverarbeitung zwischen dem Institut für E-Beratung und dem Auftraggebenden stattfindet, bedarf dies einer gesonderten Vereinbarung.
- (4) Das Institut für E-Beratung forscht zu Trends, Wirkung und Qualität von Onlineberatung und nutzt daher auch die eigenen Veranstaltungen, um Informationen und Erkenntnisse für ihre Forschung zu erhalten. Die dabei entstehenden Daten werden ausschließlich anonymisiert erhoben und weitergenutzt.

§ 10

Urheberrecht

Alle Unterlagen und Schulungsmaterialien des Instituts für E-Beratung sind ausschließlich zum eigenen Gebrauch des Auftraggebenden bzw. dessen Teilnehmenden und zum Zwecke des Veranstaltungsangebots bestimmt. Eine Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet. Die über das Veranstaltungsangebot hinausgehende Nutzung der Unterlagen, insbesondere eine Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Instituts für E-Beratung zulässig.

§ 11

Schlussbestimmungen

- (1) Als staatliche Bildungseinrichtung steht das Institut für E-Beratung für die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Werteordnung und erwartet dies auch von ihren Partnerinnen und Partnern.

- (2) Der Auftraggebende versichert, dass er und seine Beschäftigten oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten, keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
- (3) Nebenabreden sowie Änderungen und/oder Ergänzungen des Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (4) Das Institut für E-Beratung ist berechtigt, die AGB und die darin enthaltenen Rechte und Pflichten abzuändern, wenn und soweit neue rechtliche, wirtschaftliche oder technische Entwicklungen oder sonstige gleichwertigen Gründe eine Anpassung erforderlich machen. Den Teilnehmenden sind die neuen Konditionen mitzuteilen, sofern eine Anpassung während der Vertragslaufzeit erfolgt. Sofern diese den neuen AGB nicht binnen einer Frist von 4 Wochen nach Zugang widersprechen, werden sie neuer Vertragsbestandteil. Mit der Mitteilung der beabsichtigten Änderung werden die Teilnehmenden ausdrücklich auf diese Widerspruchsmöglichkeit, die Frist hierzu und die Folge eines unterbliebenen Widerspruchs hingewiesen. Im Fall eines Widerspruchs steht ihnen ein ordentliches Sonderkündigungsrecht von zwei Wochen zu.
- (5) Es gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist, sofern die Vertragsparteien Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen sind, Nürnberg. In allen anderen Fällen gilt ausschließlich der gesetzliche Gerichtsstand.
- (6) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden oder sollte sich eine unbeabsichtigte Regelungslücke herausstellen, so wird hiervon die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.